



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

*Über Generationen denken, lernen und handeln.
Unsere Gesellschaft der Zukunft.*

Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter

Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend arbeiten wir jeden Tag daran, das Leben für Kinder, Jugendliche, Frauen, Familien, Seniorinnen und Senioren und die Engagierten in unserem Land besser zu machen. Damit wir das auch in Zukunft tun können, bitten wir regelmäßig Expertinnen und Experten um Analysen und Empfehlungen. So entstehen die Berichte der Bundesregierung für fünf große Politikfelder: der Engagementbericht, der Familienbericht, der Altersbericht, der Gleichstellungsbericht sowie der Kinder- und Jugendbericht.

Das Thema des 16. Kinder- und Jugendberichts ist die Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Damit lenkt dieser Bericht die Aufmerksamkeit auf einen nach meiner Überzeugung besonders wichtigen Bildungsbereich – mit dem fortwährenden Auftrag, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und zu befähigen.

Auf rund 600 Seiten liefert der 16. Kinder- und Jugendbericht detaillierte Erkenntnisse über die vielfältigen sozialen Räume, in denen junge Menschen politische Bildung erleben. Ob in der Familie, in Kita, Schule und Ausbildung, in außerschulischen Jugendbildungsstätten; beim politischen oder gesellschaftlichen Engagement oder auch in der Bundeswehr – politische Bildung findet in der gesamten Kindheit und Jugend statt. Viele Beteiligte tragen Verantwortung für zeitgemäße und jugendgerechte Angebote. Gleichzeitig schildert der Bericht die Herausforderungen, mit denen unsere Demokratie konfrontiert ist, und er fordert ein klares Bekenntnis der Politik: Eine an Demokratie und Menschenrechten orientierte politische Bildung ist unverzichtbar.



Der 16. Kinder- und Jugendbericht schafft eine ausgezeichnete Grundlage, um die politische Bildung für junge Menschen zu bilanzieren und weiterzuentwickeln. In dieser Broschüre haben wir die zentralen Erkenntnisse und Empfehlungen für Sie zusammengefasst.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Dr. Franziska Giffey". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Franziska Giffey
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

Demokratie braucht mehr demokratische Bildung, oder: Warum jetzt über politische Bildung reden?	7
Auf einen Blick: zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts	11
Politische Bildung ist demokratische Bildung	15
Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend statt	19
Politische Bildung ist ein Recht aller jungen Menschen	29
Politische Bildung ist mehr als Extremismusprävention	30
Politische Bildung ist transnational	31
Politische Bildung und politische Mitsprache gehören zusammen	32
Politische Bildung für junge Menschen ist Jugendpolitik	33
Corona schafft Herausforderungen und Lernanlässe für politische Bildung	35
Die Beteiligung junger Menschen am Kinder- und Jugendbericht	37
Mitglieder der Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht	39
Die Kinder- und Jugendberichterstattung der Bundesregierung	41
Bestellung und Download der Kinder- und Jugendberichte	43



Demokratie braucht mehr demokratische Bildung, oder: Warum jetzt über politische Bildung reden?

Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung richtet die Aufmerksamkeit auf die Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Es ist das erste Mal, dass ein Kinder- und Jugendbericht sich in dieser Breite mit dem Thema befasst. Damit macht die Bundesregierung deutlich, dass sie eine besondere Verantwortung von Politik, Fachpraxis und Gesellschaft für die politische Bildung junger Menschen sieht. Sie greift dabei zugleich eine Forderung des 15. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung auf. Dieser hatte sich mit den Herausforderungen der Lebensphase Jugend beschäftigt und mit Nachdruck für eine deutlich verstärkte politische Bildung mit neuen, attraktiven Formen der Vermittlung demokratischer Werte und Praktiken plädiert.

Demokratie muss immer wieder aktiv praktiziert und vertreten werden, junge Menschen müssen für die Demokratie gewonnen und zur Demokratie befähigt werden. Demokratische Bildung richtet sich an alle: an diejenigen, die Interesse haben, aber weiteres Wissen sowie Erfahrung benötigen, an diejenigen, die sich bislang kaum für gesellschaftliche und politische Themen interessieren, und auch an diejenigen, die mit extremistischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Gedanken sympathisieren.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung eine unabhängige Sachverständigenkommission gebeten, das breite Feld der demokratischen Bildung im Kindes- und Jugendalter zu beschreiben, Entwicklungsbedarfe aufzuzeigen und Empfehlungen zu formulieren. Die Kommission sollte dabei soweit als möglich den aktuellen Forschungsstand aufbereiten.

Demokratie braucht mehr demokratische Bildung, oder: Warum jetzt über politische Bildung reden?

Darüber hinaus sollten alle Altersgruppen, von Kindern bis zu jungen Erwachsenen, und die unterschiedlichen Gelegenheiten und Angebote politischer Bildung berücksichtigt werden: Fundamente demokratischen Verhaltens werden bereits im Kindesalter gelegt und dort unter anderem durch Institutionen der frühkindlichen Bildung vermittelt. Gleichmaßen zu betrachten waren alle weiteren relevanten Bildungskontexte unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe, die schulische (Ganztags-)Bildung, die berufliche und hochschulische Bildung sowie programm- und projektformige Angebote. Eine besondere Akzentuierung sollte auf der außerschulischen Jugendbildung und der Jugend(verbands)arbeit liegen. Der Bericht sollte auch Aussagen über die demokratiebildenden Einflüsse von Familien, von gleichaltrigen jungen Menschen und von digitalen Medien treffen.

Die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht ist diesem Auftrag nachgekommen und liefert eine differenzierte Zusammenschau der unterschiedlichen sozialen Räume – einschließlich der digitalen Welten, in denen junge Menschen politische Bildung erleben. Zugleich schlägt der Bericht Brücken zwischen den Praxisfeldern und Angeboten politischer Bildung, markiert Gemeinsamkeiten und Unterschiede und benennt die absehbaren Herausforderungen.

Die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht sieht die Demokratie als Lebensform (im Sinne einer Kultur des sozialen Zusammenlebens), als Gesellschaftsform (im Sinne einer demokratischen Zivilgesellschaft und einer freien und vielfältigen Öffentlichkeit) sowie als Herrschaftsform (im Sinne eines Staats, dessen Funktionen und Aufgaben auf politischer Gleichheit und politischen Beteiligungsrechten der Bevölkerung basieren) durch tiefgreifende gesellschaftliche Entwicklungen herausgefordert. Diese Entwicklungen, im Bericht als „Megatrends“ bezeichnet, beeinflussen nicht nur das Aufwachsen junger Menschen, sondern prägen auch das „gesellschaftliche Aufgabenportfolio für die heutige junge Generation“ (Kapitel 1). Gleichzeitig erweisen sie sich als Herausforderungen für die politische Bildung. Im Bericht näher beschrieben werden die Ambivalenzen der Globalisierung, der Klimawandel und die Umweltzerstörung, Flucht und Migration, die Ambivalenzen der Digitalisierung, die Folgen des demografischen Wandels sowie Aufrüstung und Krieg(sgefahr).

Zudem sieht der Bericht die Demokratie mit Herausforderungen und Krisenphänomenen konfrontiert, die „mit unterschiedlichem Ausmaß ihre Substanz gefährden könnten“ (Kapitel 1). Dazu gehören vor allem jene Gruppierungen, die die Demokratie ablehnen, sie unterhöheln oder sie sogar offen angreifen. In den Sozialwissenschaften

Demokratie braucht mehr demokratische Bildung, oder: Warum jetzt über politische Bildung reden?

wird in diesem Zusammenhang mitunter etwas sperrig, aber zutreffend von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen, von autoritärem Nationalismus, Rechtsextremismus und -populismus sowie religiös kontextualisierten Demokratiegefährdungen gesprochen. Verwiesen wird auch auf den Linksextremismus und den in der Öffentlichkeit immer wieder sogenannten Islamismus – wobei die Kommission deutlich macht, dass beide Begriffe nicht unumstritten sind.

Außerdem widmet sich der Bericht verbreiteten Phänomenen, die für die repräsentative Demokratie eine ernst zu nehmende Herausforderung darstellen, weil sie ihre Glaubwürdigkeit und Geltung infrage stellen. Dazu gehören eine Verdrossenheit gegenüber Parteien sowie gegenüber Politikerinnen und Politikern und ein Gefühl eigener politischer Machtlosigkeit.



Auf einen Blick: zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts

Um ihre Aufgaben in Anbetracht der benannten gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen erfüllen zu können, braucht die politische Bildung im Kindes- und Jugendalter zweifellos mehr Gewicht. Entsprechend fordert der Bericht eine Aufwertung und Stabilisierung des Praxisfeldes sowie eine breitere Verankerung politischer Bildung für junge Menschen.

Die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht formuliert folgende zentrale Erkenntnisse und damit verbundene Empfehlungen:

1. Politische Bildung ist demokratische Bildung.

Politische Bildung kann nicht neutral sein, denn die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft ist ihr vornehmstes Ziel. Politische Bildung ist demnach ein Prozess der Bildung von Mündigkeit, der sich am „unhintergehbaren Kern“ der Demokratie mit Prinzipien wie Gleichheit,

Pluralismus, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Minderheitenschutz orientiert (Kapitel 2). Der 16. Kinder- und Jugendbericht fordert die Unterstützung und ein deutliches Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zu einer an Demokratie und Menschenrechten orientierten politischen Bildung.

2. Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend statt.

Junge Menschen erleben politische Bildung in sehr verschiedenen, für das Aufwachsen wichtigen sozialen Räumen und alltäglichen Bezügen, von der frühen Kindheit bis ins junge Erwachsenenalter. Viele Akteurinnen und Akteure tragen Verantwortung für zeitgemäße und jugendgerechte Angebote. Der Bericht analysiert politische Bildung unter anderem in Familie, Kindertagesbetreuung, Schule und Ganztagsbildung, beruflicher Bildung, Hochschulen, Kinder- und Jugendarbeit, parteinaher Jugendbildung, Protesten und sozialen Bewegungen, Freiwilligendiensten, Bundes-

wehr und Medien beziehungsweise digitalen Welten. Politische Bildung besteht dabei nicht nur im Erwerb von Wissen über politische und gesellschaftliche Institutionen und ihre Funktionen; politische Bildung ist also mehr als ein theoretischer Lernstoff. Sie wird vielmehr verstanden als ein vielschichtiger Bildungsprozess, der neben dem Wissenserwerb Erfahrungen und Emotionen, praktisches Handeln und die Aneignung der eigenen Welt miteinschließt. Letztendlich geht es um die Ausbildung politischer Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit.

3. Politische Bildung ist ein Recht aller jungen Menschen.

Das Recht junger Menschen auf politische Bildung lässt sich aus geltendem Recht ableiten, muss jedoch verbindlicher eingelöst und stärker verankert werden – zum Beispiel in allen Landesverfassungen und in Gestalt der UN-Kinderrechte im Grundgesetz. Zudem sollten Organisationen junger Menschen mit Migrationsbiografien, People of Color und postmigrantische Akteurinnen und Akteure als Anbieterinnen und Anbieter politischer Bildung stärker anerkannt und ausgebaut werden. Für junge Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen muss die barrierefreie Teilhabe an politischer Bildung zur weithin etablierten Realität werden.

4. Politische Bildung ist mehr als Extremismusprävention.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht wendet sich gegen eine Verkürzung des Auftrags der politischen Bildung auf Extremismusprävention. Denn darin besteht die Gefahr, dass zentrale Prinzipien politischer Bildung aufgegeben werden: vor allem, ergebnisoffene Angebote für alle jungen Menschen zu machen, die an ihren Ressourcen (und nicht an ihren Defiziten) ansetzen.

5. Politische Bildung ist transnational.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht kritisiert, dass politische Bildung zu häufig allein in nationalstaatlichen Kategorien gedacht wird und plädiert für mehr transnationale Bildungserfahrungen. Das gilt insbesondere mit Blick auf Europa. Dabei gilt es, die Stärken und Vorteile der europäischen Einigung ebenso zu würdigen wie die aktuellen Herausforderungen kritisch zu diskutieren.

6. Politische Bildung und politische Mitsprache gehören zusammen.

Eine fundierte politische Bildung in Verbindung mit wirkungsvollen Beteiligungsmöglichkeiten trägt dazu bei, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und zu befähigen. Beteiligung überall dort, wo junge Menschen aufwachsen, ist ein zentrales und unverzichtbares Prinzip.

Empfohlen wird eine Absenkung des gesetzlichen Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre. Zudem müssen Erfahrungen mit Beteiligung immer auch daraufhin bedacht werden, was junge Menschen lernen, wenn sie sich politisch beteiligen.

7. Politische Bildung für junge Menschen ist Jugendpolitik.

Politische Bildung muss die Rechte, aber auch die Lebenswelten und Interessen junger Menschen berücksichtigen – im öffentlichen Diskurs und in ihren eigenen Angeboten. Zudem weist der Bericht auf die Unterschiede zwischen Jugend- und Erwachsenenbildung hin und empfiehlt dringend, die fachliche Eigenständigkeit politischer Bildung für junge Menschen zu stärken und weiterzuentwickeln.

8. Corona schafft Herausforderungen und Lernanlässe für politische Bildung.

Die Corona-Pandemie und die Strategien zu ihrer Bewältigung werden im Bericht als „Stresstest für die offene demokratische Gesellschaft“ (Kapitel 1 und 16) bezeichnet. Als Herausforderungen für die politische Bildung werden vor allem eingeschränkte und ungleiche Bildungschancen benannt. Auch der mit der Pandemie verbundene Digitalisierungsschub in den verschiedenen Bildungskontexten wird durchaus kritisch gesehen.

Darüber hinaus bemängelt der Bericht fehlende Mitwirkungsmöglichkeiten für junge Menschen in Krisensituationen und eine verkürzte Sichtweise auf junge Menschen in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler. Auch wird auf die existenziellen Herausforderungen für die Träger und Einrichtungen außerschulischer politischer Bildung verwiesen.

Der Bericht identifiziert zudem Lernanlässe, die sich für die politische Bildung aus der Pandemie ergeben – zum Beispiel mit Blick auf die Grundrechte und die Möglichkeiten ihrer Einschränkung in Notstands- und Seuchenschutzsituationen. Auch die Europäische Union und Nationalstaatlichkeit in Krisenzeiten sind im Rahmen politischer Bildung zu debattieren ebenso wie zum Beispiel die Rolle demokratischer und zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeiten. Zum Thema gemacht werden müssen auch Anknüpfungsmöglichkeiten und Ausbreitungsprozesse von Verschwörungstheorien im Rahmen pandemischer Ereignisse.



Politische Bildung ist demokratische Bildung

Wenn ganz selbstverständlich von Politik, von Demokratie, von Bildung oder auch von politischer beziehungsweise demokratischer Bildung die Rede ist, bleibt häufig unklar, was genau gemeint ist. Es ist ein Verdienst des 16. Kinder- und Jugendberichts, angesichts der meist schillernden Verwendung dieser einschlägigen Begriffe hilfreiche Klärungsvorschläge gemacht zu haben.

Demnach kann Politik verstanden werden als „Gesamtheit der Aktivitäten und Strukturen, die auf die Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen abzielt“ (Kapitel 2). Die Betonung liegt dabei auf den gemeinsam geschaffenen beziehungsweise zu schaffenden Regelungen. Dabei ist mitzudenken, dass es im politischen Prozess immer auch um den Gewinn und Erhalt von Macht zur Durchsetzung von Interessen geht und dass das Ringen der politischen Akteurinnen und Akteure auch die Bearbeitung sozialer Konflikte bedeutet.

Diesem Verständnis von Politik stellt die Kommission einen dreidimensionalen Demokratiebegriff zur Seite:

1. Mit der *formalen Dimension* der Demokratie gemeint ist die Art und Weise, wie jeweils allgemein verbindliche Regeln zustande kommen und festgelegt, gegebenenfalls auch infrage gestellt werden. Der Blick wird dabei vor allem auf Verfahrensaspekte wie Beteiligung, Repräsentation, Wettbewerb verschiedener Konzepte und Diskursivität gelegt.
2. Mit der *substanziellen Dimension* werden die unhintergehbaren demokratischen Prinzipien in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Von Bedeutung sind hierbei vor allem das Gleichheitsprinzip, die Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung und damit die Begrenzung von Macht, die Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten sowie die Anerkennung von Pluralität.

3. Die *prozesshafte Dimension* weist darauf hin, dass Demokratie nicht nur eine historische Errungenschaft darstellt, sondern dass Demokratie selbst historischen Wandlungsprozessen und Veränderungen unterliegt und deshalb immer neu ausgehandelt werden muss (Kapitel 2).

Der Bericht lotet auch die Begriffe Bildung, Erziehung, Aneignung, Lernen, Didaktik und Sozialisation aus. Die politische Sozialisation wird dabei „als das lebenslange – bewusste und unbewusste – Lernen und als die Persönlichkeitsbildung der Individuen in Bezug auf den Gegenstand ‚Politik‘ gefasst“ (Kapitel 2). Dieses Verständnis politischer Sozialisation zieht sich gleichsam als roter Faden durch den Bericht und bezeichnet einen sich über die gesamte Kindheit und Jugend sowie das junge Erwachsenenalter erstreckenden Prozess.

Vor dem Hintergrund einer Definition von Bildung als Prozess von Vermittlung und (Selbst-)Aneignung konturiert der Bericht die Konzepte „politische Bildung“ und „demokratische Bildung“ und kommt zu dem Schluss, dass eine klare Abgrenzung nicht zielführend ist. Vielmehr wird die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft zum vornehmsten Ziel politischer Bildung erklärt. Politische Bildung ist demnach ein Prozess der Bildung von Mündigkeit. Das Erlernen einer offenen Diskussionskultur, die

Stärkung von Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Lebensformen, die Befähigung zu Kompromissen und zur Akzeptanz mehrheitlicher Entscheidungen bei Wahrung von Minderheitenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien gehören dazu. Der Bericht fordert die Unterstützung und ein deutliches Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zu einer an Demokratie und Menschenrechten orientierten politischen Bildung.

Der Staat trägt zur Reproduktion seiner eigenen politisch-kulturellen Voraussetzungen bei, indem er zivilgesellschaftliche Angebote zur politischen Bildung fördert, denn diese spiegeln die weltanschauliche und parteiliche Vielfalt der Gesellschaft wider. Gerade angesichts gesellschaftlicher Spaltungstendenzen ist es wichtig, Räume und Foren für den Austausch über gemeinsame Fragen des Zusammenlebens zu fördern. Wichtig sind dabei klare Leitplanken, wie sie bereits 1976 als Ergebnis einer politikdidaktischen Tagung im Beutelsbacher Konsens vereinbart wurden, also:

1. Überwältigungsverbot (keine Indoktrination),
2. Kontroversitätsgebot (Beachtung kontroverser Positionen),
3. Befähigungsauftrag (Befähigung der Lernenden, politische Situationen zu analysieren, ihre eigenen Interessen zu erkennen und diese Interessen auch zu vertreten).

Politische Bildung soll demnach den an den Prinzipien des Grundgesetzes orientierten, engagierten und offenen Austausch fördern, dabei auch antidemokratische oder menschenfeindliche Aussagen benennen und Kinder und Jugendliche in ihrer Widerstandskraft gegenüber entsprechenden Strömungen stärken.

Im Unterschied zur plural zivilgesellschaftlichen sollte sich staatlich verantwortete politische Bildung weltanschaulich und parteipolitisch nicht positionieren. Politische Bildung ist deshalb aber nicht neutral oder gar auszuklammern. Im Gegenteil: Die staatlich verantwortete politische Bildung ist angehalten, für die demokratischen Prinzipien, die Menschenrechte und ihre grundrechtlichen Konkretisierungen einzutreten.



Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend statt

Junge Menschen erleben politische Bildung in sehr verschiedenen, für das Aufwachsen wichtigen sozialen Räumen, von der frühen Kindheit bis ins junge Erwachsenenalter. Mit sozialen Räumen weniger gemeint sind – wie man vielleicht vermuten würde – konkrete, geografisch-physikalische, gleichsam abgegrenzte Örtlichkeiten oder Organisationen. Vielmehr geht es darum, wie junge Menschen und andere Akteurinnen und Akteure in den jeweiligen sozialen Räumen handeln, wie sie sie (mit-)gestalten und für sich nutzen. Nicht das Klassenzimmer als solches interessiert, sondern die Prozesse, die darin stattfinden; diese sind einerseits in einer bestimmten Weise vorgeprägt und müssen andererseits auch mit Leben gefüllt und mitgetragen werden. Dieser Ansatz rückt die Erfahrungen, die Themen und das Handeln von Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen Räumen in den Mittelpunkt und weist immer auch auf die Grenzen und Konflikte hin, die sich daraus gegebenenfalls ergeben. Auch wenn es viele Überschneidungen zwischen diesen Räumen gibt, sind sie doch fachlich und politisch unterschied-

lich beeinflussbar und müssen daher differenziert betrachtet werden.

Politische Bildung besteht nicht nur darin, Wissen über demokratische Institutionen und ihre Wirkungszusammenhänge zu erwerben, sondern politische Bildung muss dazu beitragen, dass junge Menschen eine demokratische Haltung, eine eigene begründete Meinung und eine Bereitschaft sowie die Fähigkeit entwickeln, sich zu beteiligen und demokratisch zu engagieren. Der 16. Kinder- und Jugendbericht untersucht deshalb nicht nur, inwiefern Demokratie Gegenstand in den Bildungsangeboten ist; der Blick wird auch auf die Frage gelenkt, wie demokratisch die Bildungsstrukturen selbst sind beziehungsweise ob die Räume eher hierarchisch und funktional strukturiert sind und welche Beteiligungsmöglichkeiten sie eröffnen oder versperren. Ein ebenso wichtiger Aspekt ist die Frage, inwiefern junge Menschen ihre Lernprozesse selbst gestalten oder sogar als politisch Handelnde auftreten.

Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend statt

Auf diese Weise ermöglicht der Bericht eine präzisierte Fachdiskussion und liefert erstmalig eine umfassende und gleichsam systematische Betrachtung der sozialen Räume junger Menschen, in denen politische Bildung stattfindet.

Familie

Der Familie kommt für das Aufwachsen junger Menschen eine wesentliche Rolle zu. Und das gilt auch für die politische Bildung. Besonders in den ersten Lebensjahren ist die Familie der zentrale Ort für die Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern. Eltern initiieren Lernprozesse im Alltag und legen den Grundstein für den weiteren Lebens- und Bildungsweg ihrer Kinder. Zugleich sind Kinder in unterschiedliche Bildungszusammenhänge und -einrichtungen eingebunden (zum Beispiel Kindertagesbetreuung, Schule), die partnerschaftlich mit Familien zusammenarbeiten sollten.

Der Einfluss von Familien auf die politische Sozialisation junger Menschen beginnt bei der Herausbildung grundlegender Werte und Haltungen, wie zum Beispiel Rücksicht, Solidarität, Anteilnahme und Umgang mit Fremdem. Kinder und Jugendliche machen im Familienalltag aber auch konkrete Erfahrungen von Mitbestimmung und Familien

nehmen Einfluss auf ihre politischen Orientierungen und Verhaltensweisen, wenn beispielsweise persönliche Erlebnisse der Großeltern- und Elterngeneration weitergegeben werden.

Der Bericht schließt sich der Kritik daran an, dass Bildungschancen in Deutschland nach wie vor zu stark an die Bildungshintergründe der Eltern und die Lebensumstände der Familie gekoppelt sind. Das hat auch Folgen hinsichtlich der Frage, welche für die eigene politische Haltung wichtigen Erfahrungen Kinder und Jugendliche in ihren Familien machen (können).

Darüber hinaus weist die Kommission darauf hin, dass es bei der Unterstützung und Begleitung des Familienalltags – zum Beispiel durch die Angebote der Familienbildung – noch unausgeschöpfte Möglichkeiten gibt. Über die vertrauten Themen wie gewaltfreie Erziehung, demokratische Erziehungsstile und Stärkung der Selbstwirksamkeit hinaus wäre zu diskutieren, welche Angebote die Familien und ihre Netzwerke jeweils bräuchten, um so etwas wie einen demokratischen Alltag leben zu können. In diesem Zusammenhang sei es auch wichtig, Eltern und Familien zu betrachten, die von antidemokratischen Orientierungen und damit einhergehenden Verhaltensweisen ihrer Kinder betroffen sind oder selbst extremistische Einstellungen vertreten.

Kindertagesbetreuung

Unabhängig von den Möglichkeiten in den Elternhäusern fördert frühkindliche Bildung die Entwicklung der Kinder und trägt zu gleichen Startbedingungen und Teilhabechancen von Anfang an bei. Die Kindertagesbetreuung hat als erster Bildungs- und Erziehungsort außerhalb der Familie auch den Auftrag, Kinder auf das Zusammenleben in einer vielfältigen, demokratisch verfassten Gesellschaft vorzubereiten.

In Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege werden erste Grundsteine für demokratische Bildung gelegt. Wichtig dabei ist, dass Kinder ernst genommen werden, dass ihre Rechte geachtet werden und dass ihre Anliegen Gehör finden. Die Erfahrung, selbstwirksam sein zu können und anerkannt zu werden, ist dabei zentral. Dazu gehört, dass Kinder im Alltag beteiligt werden und erleben, dass sie ihn mitgestalten können. Kinderrechte, Demokratiebildung und Partizipation sollten daher fester Bestandteil des pädagogischen Alltags sein und entsprechende Gewichtung in den Bildungsplänen der Länder, in der Ausbildung von Fachkräften sowie bei der Qualitätssicherung und -entwicklung früher Bildung finden.

Schule und Ganztagsbildung

Schule ist die pädagogische Institution, die im Bildungsverlauf von allen Kindern und Jugendlichen durchlaufen wird; damit kommt ihr eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung politischen Wissens und demokratischer Werte zu. Schule zählt zu den zentralen Orten demokratischer Bildung; in Form eines speziell ausgewiesenen Unterrichtsfachs, als Querschnittsaufgabe in allen Fächern, als Bildungsprinzip der Schule und als Strukturprinzip im Rahmen einer demokratischen Schulentwicklung.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht attestiert der Schule in allen Bereichen politischer Bildung Defizite. So wird darauf hingewiesen, dass politische Bildung in den einzelnen Bundesländern mit unterschiedlichem Stundenumfang und zu häufig fachfremd unterrichtet wird. Empfohlen wird die Sicherstellung einer Mindeststundenzahl von zwei Wochenstunden in allen weiterführenden Schularten durchgängig von Klasse 5 bis 10 sowie eine Überarbeitung der inhaltlichen Bildungsvorgaben. Auch in Grundschulen werden die Möglichkeiten politischer Bildung bislang nicht ausreichend genutzt. Zudem sollte politische

Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend statt

Bildung Bestandteil der Ausbildung aller Lehrkräfte unabhängig von ihren gewählten Fächern sein. Außerdem sollte die Einstellung von Lehrkräften für Sachunterricht, Politik und Geschichte ebenso vorangetrieben werden, wie dies in den letzten Jahren für die sogenannten MINT-Fächer erfolgte.

In einigen Bundesländern wird der politischen Bildung auch in den Sekundarstufen I und II im Gymnasium sehr wenig Unterrichtszeit gewährt und drei Viertel der Bundesländer sehen für die Jahrgangsstufen 5 und 6 überhaupt keine politische Bildung vor. Zum Teil beginnt der entsprechende Unterricht erst in Klasse 9 oder sogar 10. Die Kommission kritisiert, dass in neun Bundesländern Schülerinnen und Schüler der nicht-gymnasialen Sekundarstufe I derzeit weniger

Unterricht in politischer Bildung haben als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Dass Schülerinnen und Schüler je nach Bundesland und Schulart einen geringeren oder größeren Anteil an politischer Bildung erfahren, ist aus Sicht der Kommission nicht vereinbar mit der Bedeutung dieses Fachs und dem Recht aller jungen Menschen auf politische Bildung.

Politische Bildung in und an Schule ist aber nicht allein auf den Unterricht beschränkt; genauso wichtig dafür ist auch eine demokratische Schulkultur einschließlich wirksamer Mitbestimmung durch die Schülerinnen und Schüler.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, politische Bildung nachhaltig in Ganztagschulen zu verankern. Zu den unterrichtlichen Inhalten, wie sie die Lehrpläne vorsehen, kommen hier Angebote am Nachmittag. Dafür ist nicht nur eine verstärkte Kooperation zwischen außerschulischen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen nötig, sondern auch die Entwicklung neuer Formate – vor allem in der Grundschule. So kann die politische Kinder- und Jugendbildung über Projektstage, Projektwochen oder andere zeitlich befristete Angebote hinaus zum Tragen kommen.

Berufliche Bildung

Zwischen politischer und beruflicher Bildung besteht ein enger Zusammenhang, der sich gerade für junge Menschen beim Berufseinstieg mit konkreten politischen Fragen, etwa zum Steuersystem und zur Steuerverwendung sowie zur sozialen Sicherung, verbindet. Die in den Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz für die beruflichen Schulen durchaus vorgesehene politische Bildung steht in der Praxis und im Rahmen der Abschlussprüfungen jedoch zu sehr im Schatten der beruflichen Ausbildungsfächer.

Große Bedeutung für (arbeits-)politische Bildung haben Gewerkschaften, die sich nicht auf betriebliche Interessenvertretung beschränken. Es ist wichtig, diese Angebote stärker auch auf junge Menschen in nicht tariflich gebundenen Kleinbetrieben, befristete Beschäftigte, junge Erwachsene ohne qualifizierten Schulabschluss und Ausbildung sowie Jugendliche in Übergangssystemen auszurichten. Vor dem Hintergrund der in den Bundesländern unterschiedlich geregelten Rechtsansprüche auf Bildungsurlaub empfiehlt der Bericht zudem ein Bundesweiterbildungsgesetz mit bundesweit geltenden Freistellungsansprüchen zu (politischen) Bildungszwecken.

Hochschulen

An Hochschulen findet politische Bildung nicht nur dort statt, wo etwa Politikwissenschaften oder Geschichte studiert wird. Um Hochschulen als politische (Bildungs-)Räume zu stärken, empfiehlt der 16. Kinder- und Jugendbericht ausreichend Freiräume für eigene politische Bildungserfahrungen der Studierenden, eine verfasste Studierendenschaft, eine stärkere Beteiligung der akademischen Selbstverwaltung in studentischen Angelegenheiten und ein allgemeinpolitisches Mandat der Studierendenvertretungen. Die Kommission empfiehlt zudem, politische Bildung in den Curricula aller Studiengänge zu verankern. Außerdem sieht sie es als Aufgabe der Hochschulen an, sich als offene Räume, in denen gesellschaftliche Konflikte verhandelt werden, zu begreifen und dafür angemessene Grundsätze und Umgangsweisen zu entwickeln.

Mit Blick auf die Forschung und Lehre über politische Bildung und Demokratiebildung stellt die Kommission fest, dass sie nicht systematisch und in sehr unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen erfolgt und dass ein kontinuierlicher und umfassender Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis fehlt. Das gilt insbesondere für das Feld der außerschulischen politischen Bildung und für interdisziplinäre Themen (zum Beispiel politische Medienbildung).

Kinder- und Jugendarbeit

Der 16. Kinder- und Jugendbericht widmet der Kinder- und Jugendarbeit und ihren unterschiedlichen Angebotsformen einen breiten Raum und spricht ihr einen großen Beitrag zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen zu.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist sehr vielgestaltig. Dazu gehören außerschulische Bildungsstätten, die Jugendverbände (von der Jugendfeuerwehr über Pfadfindergruppen und Umweltverbände bis hin zu politischen Jugendorganisationen), die offene Kinder- und Jugendarbeit (zum Beispiel Jugendclubs und mobile Angebote im öffentlichen Raum), die internationale Kinder- und Jugendarbeit, die kulturelle Kinder- und Jugendbildung und die Kinder- und Jugendarbeit im Sport. Gemeinsam sind all diesen Angeboten pädagogische Ansprüche und Prinzipien wie Offenheit, Freiwilligkeit, Selbst- und Mitbestimmung sowie Lebenswelt- und Sozialraumorientierung. Gleichzeitig sind die Grenzen zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern fließend.

Politische Bildung findet in allen Praxisfeldern der Kinder- und Jugendarbeit statt – wenn auch mit deutlich unterschiedlichen Akzentsetzungen. Der

16. Kinder- und Jugendbericht bemängelt jedoch eine schwach ausgeprägte Kooperation sowie gegenseitige Kenntnis- und Bezugnahme. Vor dem Hintergrund einer zurückgehenden Zahl der Einrichtungen der außerschulischen politischen Jugendbildung, insbesondere der Jugendbildungsstätten, wird empfohlen, neben den befristeten Förderprogrammen wie „Demokratie leben!“ auch die etablierten und rechtlich abgesicherten Regelstrukturen in diesem Bereich auszubauen.

Ausführlich widmet sich der Bericht der außerschulischen politischen Jugendbildung, der Kinder- und Jugendverbandsarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In der Summe eröffnen diese drei Praxisfelder, wie auch die anderen Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit, vielfältige, an den Bedarfen und Interessen der jungen Menschen orientierte Möglichkeiten der politischen Bildung und des praktischen Erlebens von Demokratie – zum Beispiel in Form weitgehend selbst organisierter und verantworteter Formen der Freizeitgestaltung. Politische Bildung wird in diesen Feldern meist in drei Formen ermöglicht: als konzeptionell geplante politische Bildung, als situativ anlassbezogene politische Bildung und als Ausdruck einer Praxis, die auf den oben genannten Prinzipien, vor allem Interessenorientierung, Freiwilligkeit und Beteiligung, basiert.

Parteinaher Jugendbildung

Parteien, ihre Jugendorganisationen und die parteinahen Stiftungen sind laut 16. Kinder- und Jugendbericht „natürliche Räume, an denen Politik thematisiert und gestaltet wird“. Der Bericht stellt fest, dass die politische Bildung von jungen Menschen innerhalb der Parteiarbeit eine untergeordnete und bei den Parteijugendorganisationen größtenteils eine instrumentelle Rolle mit dem vorrangigen Ziel der Nachwuchsgewinnung spielt. Den parteinahen Stiftungen wird attestiert, dass sie einen wichtigen Beitrag für die politische Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen leisten, jedoch zu wenig miteinander und dem gesamten Feld der politischen Jugendbildung kooperieren.

Proteste und soziale Bewegungen

Große Potenziale für die politische Bildung von jungen Menschen sieht der Bericht auch in sozialen Bewegungen und Protestformationen. Beschrieben werden politische Bildungs- und Lernerfahrungen, die junge Menschen im Zuge

ihres Engagements etwa bei Fridays for Future und in den LSBTTIQ*-Bewegungen (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, trans*, inter* und queer/questioning) machen.

Der Bericht empfiehlt, solche Engagementformen, Organisationen und Bildungsträger, die den demokratischen Werten verpflichtet sind, stärker zu unterstützen. Vorgeschlagen wird, ihnen Plattformen zur Vernetzung und öffentliche Räume als Treffpunkte zur Verfügung zu stellen und barrierefrei zu informieren, zum Beispiel wie eine Demonstration angemeldet werden kann und was dabei zu beachten ist.

Freiwilligendienste

Freiwilligendienste für junge Menschen sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements in vielfältigen sozialen, ökologischen, internationalen und entwicklungspolitischen Einsatzfeldern. Freiwilligendienste unterliegen festen Regeln, sind befristet und strukturieren den Alltag der jungen Teilnehmenden. Zugleich sind die Freiwilligendienste als Lerndienste gestaltet – durch die praktische Arbeit in der Einsatzstelle ergeben sich vielfältige (politische) Bildungsmöglichkeiten.

Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend statt

Der Freiwilligendienst setzt eine pädagogische Begleitung voraus, zum Beispiel in Seminaren zur Vor- und Nachbereitung. Diese haben das Ziel, „soziale, kulturelle und interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln und das Verantwortungs- und Bewusstsein für das Gemeinwohl zu stärken“. So ist es im Jugendfreiwilligendienstgesetz festgelegt. Die Regelungen im Bundesfreiwilligendienst sind vergleichbar.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht empfiehlt, noch mehr zu unternehmen, damit alle jungen Menschen unabhängig von Herkunfts- oder Bildungsbiografien sowie individuellen Beeinträchtigungen einen Freiwilligendienst leisten können. Zudem empfiehlt der Bericht, die Beteiligungsrechte von Freiwilligen auszuweiten und sich aktuell und trägerübergreifend über gemeinsame Kernziele politischer Bildung im Freiwilligendienst zu verständigen. Eine weitere Empfehlung: Die Träger der Freiwilligendienste sollten ebenso wie die Bundeswehr mit ihren Jugendoffizieren in allen Bundesländern die Möglichkeit bekommen, in den Schulen präsent zu sein.

Bundeswehr

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Das heißt, der Deutsche Bundestag hat die Entscheidungshoheit über den Verteidigungshaushalt und über Einsätze im Ausland. Das Grundgesetz sieht zudem einen Verteidigungsausschuss vor und

seit 1956 gibt es eine Wehrbeauftragte beziehungsweise einen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, an die oder den sich Soldatinnen und Soldaten mit allen Anliegen direkt wenden können. Die Bundeswehr ist der parlamentarischen Demokratie also in besonderer Weise verpflichtet.

Seit Aussetzen der Wehrpflicht und vor dem Hintergrund aktueller internationaler und nationaler Herausforderungen befindet sich die Bundeswehr in einem Veränderungsprozess. Nicht zuletzt aufgrund der bestehenden gesellschaftlichen Repräsentationslücken innerhalb der Bundeswehr sollten laut Bericht die Aktivitäten für den zivilmilitärischen Dialog gestärkt werden. Es sei auch wichtig, dass sich die Bundeswehr als Teil der staatlichen Ordnung vorstellt und ihre Berufsbilder mit Blick auf die erforderliche Nachwuchsgewinnung auch in Schulen präsentiert; jedoch sollte aus Sicht der Berichtskommission das Mandat der Jugendoffiziere nicht über die reine Information hinausreichen (keine Werbung beziehungsweise Rekrutierung).

Eine weitere Empfehlung des 16. Kinder- und Jugendberichts besteht in einer systematischen Beobachtung und Erfassung extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr, begleitet von einer auf die demokratischen Grundwerte orientierten politischen Bildung für alle Dienstgradgruppen.

Medien/Digitale Welten

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer im hohen Maße digitalisierten Gesellschaft auf. Sie bewegen sich gleichzeitig in der analogen wie auch in unterschiedlichen digitalen Welten. Das gilt ebenso für die politische Bildung. Entsprechend empfiehlt der 16. Kinder- und Jugendbericht eine konsequente Verschränkung von politischer Bildung und kritischer Medienbildung. Diese politische Medienbildung soll sich mit medial bedingten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen auseinandersetzen, veränderte Öffentlichkeiten durch neue Medienstrukturen reflektieren und Optionen der Selbstermächtigung eröffnen.

Ein kritischer und kompetenter Umgang mit digitalen Medien ist demnach grundlegend für politische Bildung. Es ist wichtig, dass junge Menschen in der Lage sind, digitale Medien selbstorganisiert, reflektiert und kreativ zu nutzen. Die Förderung der Medienkompetenz spielt hier eine wesentliche Rolle. Außerdem mahnt der Bericht eine Reform des gesetzlichen Kinder- und Jugendmedienschutzes an. Damit soll vor allem die Anbieterverantwortung gestärkt werden, um Interaktionsrisiken wie Cybermobbing und Hate Speech im Internet wirksam zu begegnen.

Der Bericht beschreibt zudem das Dilemma, dessen sich die politische Bildung gewahr sein müsse, wenn sie kommerzielle und in Bezug auf den Datenschutz und die Wahrung der Privatsphäre unsichere Plattformen und Kanäle kritisiere, gleichwohl aber selbst nutze, um junge Menschen, zum Beispiel mithilfe der sozialen Medien, zu erreichen.

Politische Medienbildung ist auch auf die Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Medien angewiesen; diese sollten ihre Angebote für Kinder und Jugendliche in Umfang und Qualität dringend weiterentwickeln.



Politische Bildung ist ein Recht aller jungen Menschen

Der 16. Kinder- und Jugendbericht leitet ein Recht aller jungen Menschen auf politische Bildung aus ihrem Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 SGB VIII) sowie aus dem über die UN-Kinderrechte verbrieften Recht auf Bildung ab. Empfohlen wird, dieses Recht auf politische Bildung in allen Landesverfassungen zu verankern – und zwar dergestalt, dass die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger sowohl durch ein eigenes Unterrichtsfach als auch durch außerschulische politische Bildung gefördert werden muss. Zudem sollten die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden.

Organisationen junger Menschen mit Migrationsbiografien, People of Color und postmigrantische Akteurinnen und Akteure als Anbieterinnen und Anbieter politischer Bildung sollten stärker anerkannt und ausgebaut werden. Eine dauerhafte

Förderung entsprechender Strukturen auf Bundesebene (zum Beispiel über den Kinder- und Jugendplan des Bundes oder die Bundeszentrale für politische Bildung) wäre aus Sicht der Kommission zum einen ein sichtbares politisches Signal der Anerkennung, zum anderen würde es die Vernetzung mit den anderen Akteurinnen und Akteuren erleichtern.

Dass politische Bildung die Fähigkeiten zur politischen Partizipation und zur Gestaltung von demokratischen Prozessen fördert, gilt uneingeschränkt auch für junge Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen. Politische Bildung muss deshalb als eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrnehmung der politischen Rechte im Sinne des Artikels 29 der UN-Behindertenrechtskonvention verstanden werden. Die barrierefreie Teilhabe junger Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen an politischer Bildung ist jedoch bislang nur die Ausnahme.

Politische Bildung ist mehr als Extremismusprävention

Der 16. Kinder- und Jugendbericht wendet sich gegen eine Verkürzung des Auftrags der politischen Bildung auf Extremismusprävention. Dabei ist unstrittig, dass erfolgreiche politische Bildung sich auch gegen jegliche Form des Extremismus wendet. Allerdings besteht die Gefahr, wenn man politische Bildung allein auf den Aspekt der Extremismusprävention fokussiert, dass zentrale Prinzipien politischer Bildung aufgegeben werden. Zum Beispiel würden dann eher die möglichen Probleme, Defizite und Gefährdungen in den

Vordergrund gerückt und nicht die Möglichkeiten, Interessen und Bedarfe junger Menschen. Ergebnisoffene Angebote für alle jungen Menschen wären dann kaum mehr möglich.

Mit anderen Worten: Politische Bildung ist keine „gesellschaftspolitische Feuerwehr“ (Kapitel 10 und 21) – ihre fortdauernde Notwendigkeit begründet sich vielmehr darin, dass Demokratie und demokratisches Verhalten von jeder Generation neu gelernt und eingeübt werden müssen.

Politische Bildung ist transnational

Aus der Sicht des 16. Kinder- und Jugendberichts beschäftigt sich politische Bildung in Deutschland zu häufig allein mit Themen, die sich auf Deutschland beziehen, also zum Beispiel dem politischen System der Bundesrepublik. Auch die ersten konkreten politischen Erfahrungen beziehen sich üblicherweise auf diesen Bereich. Zugleich ist Deutschland aber auch Mitglied der Europäischen Union und als Teil der Weltgemeinschaft vielfältig mit anderen Ländern verflochten. Damit dies alles nicht abstrakt und fremd bleibt (das „ferne Brüssel“), plädiert die Kommission für mehr transnationale Bildungserfahrungen. Das

gilt insbesondere mit Blick auf Europa. Dabei geht es nicht nur darum, das Wissen über die EU, ihre Strukturen und Verfahren zu erweitern, sondern Europa als politischen Gestaltungsraum mit all seinen Widersprüchlichkeiten zu erfahren und die entsprechenden Kompetenzen zu erwerben.

Zum Aspekt der Transnationalität gehört auch, Migration als eine gesellschaftliche Normalität und ein kontinuierliches Element in der deutschen und europäischen Geschichte darzustellen. Der politische Umgang mit Migration ist deshalb ein wichtiges Thema politischer Bildung.

Politische Bildung und politische Mitsprache gehören zusammen

Politische Bildung muss mit politischer Beteiligung Hand in Hand gehen. Eine fundierte politische Bildung in Verbindung mit wirkungsvollen Beteiligungsmöglichkeiten trägt dazu bei, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und sie zur demokratischen Teilhabe sowie zum Einsatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befähigen.

Kinder und Jugendliche sollten ihre sozialen Räume wirksam mitgestalten und über reale Konflikte und Probleme mitentscheiden. Empfohlen

wird entsprechend auch eine Absenkung des gesetzlichen Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre.

Der Bericht stellt gleichzeitig fest, dass Partizipation zwar eine notwendige, „aber noch keine hinreichende Voraussetzung für politische Bildungsprozesse“ (Kapitel 21) ist. Vielmehr müssten Erfahrungen mit Beteiligung immer auch daraufhin reflektiert werden, was junge Menschen lernen, wenn sie sich politisch beteiligen.

Politische Bildung für junge Menschen ist Jugendpolitik

Der 16. Kinder- und Jugendbericht empfiehlt, politische Bildung als wichtigen Bestandteil einer jeden Jugendpolitik sowohl in den Kommunen als auch auf Länder- und Bundesebene zu verankern.

Die Kommission positioniert sich sehr klar, indem sie fordert, dass politische Bildung im Kindes- und Jugendalter die Rechte, Interessen und Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigt – im öffentlichen sowie jugendpolitischen Diskurs und auch in ihren eigenen Angeboten und Strukturen. Es gehört zu den Aufgaben politischer Bildung, Benachteiligungen und Ausschlüsse bei Bildung und politischer Teilhabe sichtbar zu machen und

zu reduzieren. Förderprogramme der politischen Bildung sollten verstärkt daraufhin überprüft werden, ob sie die Bedingungen des Aufwachsens und die Lebenswelten junger Menschen ausreichend berücksichtigen und ob sie geeignet sind, Politik für Kinder und Jugendliche konkret erlebbar zu machen.

Zudem weist der Bericht auf die Unterschiede zwischen Jugend- und Erwachsenenbildung hin und empfiehlt dringend, die fachliche Eigenständigkeit politischer Bildung für junge Menschen zu stärken und weiterzuentwickeln.



Corona schafft Herausforderungen und Lernanlässe für politische Bildung

Die Corona-Pandemie und die Strategien zu ihrer Bewältigung werden vom 16. Kinder- und Jugendbericht als „Stresstest für die offene demokratische Gesellschaft“ (Kapitel 1.1.3) bezeichnet. Der Bericht analysiert die Herausforderungen und Lernanlässe, die sich für die politische Kinder- und Jugendbildung aus der Pandemie ergeben.

Geschildert werden erhebliche Einschränkungen der politischen (Selbst-)Bildungsprozesse junger Menschen und es wird festgestellt, dass bestehende soziale Ungleichheiten in Bezug auf die Bildungschancen durch die Eindämmungsmaßnahmen nicht nur sichtbar wurden, sondern auch verstärkt worden seien. Auch der mit der Pandemie verbundene Digitalisierungsschub in den verschiedenen Bildungskontexten junger Menschen wird durchaus kritisch gesehen: Nach Ansicht der Kommission verstärkt er soziale Gefälle, geht zulasten des Datenschutzes, treibt Daten-Kommerzialisierung voran und ist kein Ersatz für gemeinsame Erfahrungen und persönliche Begegnungen.

Ein weiteres großes Problem sieht die Kommission in der unzureichenden Mitwirkung junger Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen in der Krise sowie in fehlenden altersgerechten Informationen, vor allem für Jugendliche. Kritisiert wird eine verkürzte Sichtweise auf junge Menschen in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler.

Auch existenzielle Herausforderungen für Träger und Einrichtungen außerschulischer politischer Bildung durch die pandemisch bedingten Schließungsanordnungen und Einschränkungen werden benannt. Sie ergeben sich vor allem aus abgesagten oder nur sehr eingeschränkten Seminaren, Projekten, Bildungsmaßnahmen oder internationalen Begegnungen, aus langfristig abgesagten Klassenfahrten und Kooperationsveranstaltungen mit außerschulischen Akteuren außerhalb und in der Schule.

Für Corona als Lernanlass für politische Bildung sieht die Kommission zahlreiche Anknüpfungspunkte: An erster Stelle genannt werden die Grundrechte und die Möglichkeiten ihrer Einschränkung, die Gewaltenteilung und die Angemessenheit und Dauer von Einschränkungen in Notstandssituationen. Nationalstaatliche Alleingänge, Grenzschließungen und Bemühungen um gemeinsame europäische Antworten auf wirtschaftliche Folgen werden als Anlass gesehen,

um die Themen Europäische Union oder Nationalstaatlichkeit im Rahmen der politischen Bildung in Krisenzeiten zu debattieren. Auch die Rolle und die Einflussmöglichkeiten demokratischer und zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeiten und wissenschaftlicher Expertinnen und Experten sind zu betrachten. Offengelegt werden könnten auch Anknüpfungsmöglichkeiten und Ausbreitungsprozesse von Verschwörungstheorien im Rahmen pandemischer Ereignisse. Ein weiteres wichtiges Thema sieht der Bericht in Diskriminierungen und sogenannten Othering-Prozessen (Corona als „China-Seuche“, die überwiegend „Alte“ und „Kranke“ befallt und so weiter), die bestimmte soziale, oft bereits marginalisierte Gruppen durch die Einteilung in „wir“ und „die anderen“ entfremdet. Auch der Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus ließe sich anhand der Pandemie kritisch diskutieren, etwa bezogen auf die marktförmige Organisation des Gesundheitssystems. Nicht zuletzt werden in der Corona-Krise zahlreiche Werte-Dilemmata sichtbar, an die in der politischen Bildung angeknüpft werden könnte.

Die Beteiligung junger Menschen am Kinder- und Jugendbericht

In den Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung sollen die unterschiedlichen Gruppen und Perspektiven junger Menschen berücksichtigt werden. Dies kann grundsätzlich in allen Phasen der Berichtserstellung geschehen. Mit der Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter thematisiert der 16. Kinder- und Jugendbericht ein bildungs- und jugendpolitisches Aufgabenfeld, das von jungen Menschen selbst immer wieder als für sie bedeutsam beschrieben wird und bei dem sie häufig das Gefühl haben, dass sie eigentlich nicht ausreichend informiert und kompetent sind und dass man ihnen auch nicht zutraut, entsprechende Kompetenzen zu entwickeln. Zudem wurde bei der Zusammensetzung der Kommission gezielt Expertise aus dem Kreis der Jugendorganisationen berücksichtigt.

Darüber hinaus sollen junge Menschen über verschiedene Formate auch direkt in die Berichtserstellung eingebunden werden. Ihre Beteiligung muss jedoch die spezifischen Bedingungen einer vertraulich arbeitenden Kommission und die gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen. Dazu gehört beispielsweise, dass allein die Kommission den Bericht schreibt und verantwortet.

Die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht hat drei Jugendworkshops, einen Kinderworkshop sowie eine Gesprächsrunde mit Jugendgemeinderäten durchgeführt. Zudem wurden leitfadengestützte Interviews mit 13 Kitagruppen sowie drei Grundschulklassen geführt. Darüber hinaus gab die Kommission eine umfangreiche Sekundärauswertung von 13 bundesweiten Jugendbeteiligungsprozessen in Auftrag und berücksichtigte deren Ergebnisse.

Für die Kinder- und Jugendworkshops wurde ein recht heterogenes Feld an jungen Menschen mit vielfältigen Lebensbezügen gewonnen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten die Kommission dabei unterstützen, Themen für politische Bildungsprozesse sowie soziale Räume politischer Bildung zu identifizieren. Die Kommission wollte unter anderem wissen, wo Kinder und Jugendliche mit Politik und Demokratie in Berührung kommen und welche Erfahrungen sie mit politischer Bildung machen.

Die Beteiligung junger Menschen am Kinder- und Jugendbericht

In den Workshops artikulierten die Kinder und Jugendlichen „überdeutlich, dass sie über ein ausgeprägtes politisches Interesse verfügen und einen hohen Bedarf haben, sich untereinander darüber – auch angeleitet und institutionalisiert (zum Beispiel im Rahmen von Schule und Jugendarbeit) – auszutauschen“ (Kapitel 3.2). Jüngere Menschen scheinen zudem den Wert der politischen Bildung für eine demokratische Gesellschaft „höher einzuschätzen, als ihnen (...) oftmals zugetraut und zugemutet wird“ (Kapitel 3.2). Politisch geprägt sehen sich die beteiligten Kinder und Jugendlichen vor allem durch Familie, Gleichaltrige und Medien. Als die aus ihrer Sicht wichtigsten politischen Themen nennen sie Klimapolitik und ÖPNV, Netzpolitik und Medienkompetenz,

soziale Gerechtigkeit und Europa, Diskriminierung und Mobbing sowie Populismus und Rechts-extremismus.

Dem Bundesjugendministerium ist es wichtig, dass junge Menschen auch an der Rezeption der Kinder- und Jugendberichte Anteil haben. Zu diesem Zweck hat auch für den 16. Kinder- und Jugendbericht ein junges Redaktionsteam der Jugendpresse Deutschland eine eigene Broschüre für junge Menschen erarbeitet, die verständlich die zentralen Themen und Inhalte des Berichts aus junger Perspektive bündelt.

Mitglieder der Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht

Dr. Reiner Becker,
Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Anja Besand,
Technische Universität Dresden

Ina Bielenberg,
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.
(stellvertretende Vorsitzende)

Prof. Dr. Julia von Blumenthal,
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Andreas Eis,
Universität Kassel

Prof. Dr. Frauke Hildebrandt,
Fachhochschule Potsdam
(stellvertretende Vorsitzende)

Cansu Kapli,
Türkische Gemeinde in Deutschland
(bis Januar 2020)

Thomas Krüger,
Bundeszentrale für politische Bildung

Prof. Dr. Dirk Lange,
Leibniz Universität Hannover

Hanna Lorenzen,
Evangelische Trägergruppe für gesellschafts-
politische Jugendbildung

Dr. Stine Marg,
Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Kurt Möller,
Hochschule Esslingen

Prof. Dr. Christian Palentien,
Universität Bremen (Vorsitzender)

Christian Weis,
Deutscher Bundesjugendring



Die Kinder- und Jugendberichterstattung der Bundesregierung

Mit den Kinder- und Jugendberichten entspricht die Bundesregierung ihrer Verpflichtung gemäß § 84 SGB VIII, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die „Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe“ vorzulegen und dazu Stellung zu nehmen. Neben Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Vorschläge zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe enthalten. Jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die Gesamtsituation der Kinder- und Jugendhilfe vermitteln. Kinder- und Jugendberichte geben wichtige Impulse, die über die jeweilige Legislaturperiode hinaus Wirkung entfalten. Sie sind Gegenstand fachpolitischer Diskurse von Bund, Ländern und Kommunen, von Wissenschaft und Fachpraxis.

Der Kinder- und Jugendbericht ist der traditionsreichste und gleichzeitig der einzige gesetzlich verankerte Bericht im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Mit der Ausarbeitung des Berichts beauftragt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Namen der Bundesregierung jeweils eine unabhängige Kom-

mission, der mindestens sieben Sachverständige angehören. Die Bundesregierung fügt dem Bericht der Sachverständigenkommission eine Stellungnahme mit den von ihr für notwendig erachteten Folgerungen bei und leitet beides dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu.

Die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung seit 1965

- Deutscher Bundestag: Erster Jugendbericht. BT-Drucksache IV/3515. Bonn, 14.06.1965.
- Deutscher Bundestag: Zweiter Jugendbericht. BT-Drucksache V/2453. Bonn, 15.01.1968.
- Deutscher Bundestag: Aufgaben und Wirksamkeit der Jugendämter in der Bundesrepublik Deutschland. Dritter Jugendbericht. BT-Drucksache VI/3170. Bonn, 23.02.1972.
- Deutscher Bundestag: Sozialisationsprobleme der arbeitenden Jugend in der Bundesrepublik Deutschland – Konsequenzen für Jugendhilfe und Jugendpolitik. Vierter Jugendbericht. BT-Drucksache 8/2110. Bonn, 19.09.1978.

Die Kinder- und Jugendberichterstattung der Bundesregierung

- Deutscher Bundestag: Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Fünfter Jugendbericht. BT-Drucksache 8/3685. Bonn, 20.02.1980.
- Deutscher Bundestag: Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland. Sechster Jugendbericht. BT-Drucksache 10/1007. Bonn, 15.02.1984.
- Deutscher Bundestag: Jugendhilfe und Familie – die Entwicklung familienunterstützender Leistungen der Jugendhilfe und ihre Perspektiven. Siebter Jugendbericht. BT-Drucksache 10/6730. Bonn, 10.12.1986.
- Deutscher Bundestag: Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Achter Jugendbericht. BT-Drucksache 11/6576. Bonn, 06.03.1990.
- Deutscher Bundestag: Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Neunter Jugendbericht. BT-Drucksache 13/70. Bonn, 08.12.1994.
- Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Zehnter Jugendbericht. BT-Drucksache 13/11368. Bonn, 25.08.1998.
- Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenslagen junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Elfter Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 14/8181. Berlin, 04.02.2002.
- Deutscher Bundestag: Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 15/6014. Berlin, 10.10.2005.
- Deutscher Bundestag: Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen. 13. Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 16/12860. Berlin, 30.04.2009.
- Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 14. Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 17/12200. Berlin, 30.01.2013.
- Deutscher Bundestag: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 18/11050. Berlin, 01.02.2017.

Bestellung und Download der Kinder- und Jugendberichte

Der 16. Kinder- und Jugendbericht sowie Vorgängerberichte können unter <http://pdok.bundestag.de/> unter Angabe der Nummer der Bundestagsdrucksache heruntergeladen werden.

Unter www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht finden Sie ausführliche Informationen zum 16. Kinder- und Jugendbericht, über Veranstaltungen zu den Themen des Berichts sowie über die 16. Kinder- und Jugendberichtskommission.

Bei Fragen sowie für Auskünfte zu den Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung wenden Sie sich bitte an:

**Geschäftsstelle für die
Kinder- und Jugendberichte**

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München
Tel.: 089 62 306-0
E-Mail: info@dji.de

Die Geschäftsstelle für die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung ist angesiedelt am Deutschen Jugendinstitut und wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Ausarbeitung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Glinkastraße 24

10117 Berlin

Tel.: 030 18 555-0

E-Mail: poststelle@bmfsfj.bund.de

Deutsches Jugendinstitut

Nockherstraße 2

81541 München

Tel.: 089 62 306-0

E-Mail: info@dji.de



Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 5BR482

Stand: November 2020, 1. Auflage

Gestaltung: www.zweiband.de

Bildnachweis Dr. Franziska Giffey: Bundesregierung/Jesco Denzel

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Angaben dazu, ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist, und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>.

